

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 11 (1991)
Heft: 22

Artikel: Fluchtgeld-Eldorado Schweiz : und was auch sonst noch gegen einen IWF-Beitritt spricht
Autor: Hänsenberger, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652563>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fluchtgeld-Eldorado Schweiz

Und was auch sonst noch gegen einen IWF-Beitritt spricht*

Für Hans J. Mast, dem aufrechten Ökonomen der Schweizerischen Kredit Anstalt, sind Emotionen offenbar ein Greuel. Mehr hält er vom Fortschritt der "Entemotionalisierung des zwischenstaatlichen Kapitalverkehrs". (1) Er feiert damit den Sieg des "wirtschaftlichen Kalküls", eine Entscheidungslogik, die in ihrer grenzenlosen Liberalität frei sein soll von allem ausserwirtschaftlichen Beigemüse. Am wenigsten gefragt ist dabei Moral. Sein Thema: die Kapitalflucht aus der Dritten Welt. Die von ihm weniger präzise benannte Ausgangslage: die Schweizer Banken als Gläubiger sind gleichzeitig Schuldner der Dritten Welt. 250-300 Mrd. Franken private Vermögen aus der Dritten Welt verwalten sie. Da nehmen sich ihre eigenen knapp 20 Mrd. Fr. Guthaben oder auch der 700 Mio-Jubiläumskredit der Eidgenossenschaft vergleichsweise bescheiden aus.

Eine komfortable Ausgangslage für die hochverschuldete Dritte Welt im Jubeljahr der Eidgenossenschaft, könnte man meinen. Doch sind entscheidende Feinheiten nicht zu übersehen. Die Schulden, die die Länder der Dritten Welt gegenüber den Schweizer Banken haben, sind grösstenteils von deren Staaten garantiert. Die Folgen dieser Schuldenlast werden auf die Bevölkerung abgewälzt. Die Vermögen auf Schweizer Banken gehören umgekehrt grösstenteils Privaten, präziser: den korrupten Eliten dieser Länder, die mit ihren Fluchtgeldern die Verschuldungsspirale massiv angeheizt haben. Diese Gelder entsprechen heute 50 Prozent der Aussenschuld der Dritten Welt. Es sind die gleichen Eliten, die mit ihrer Wirtschaftspolitik ihre Länder ruinieren.

Damit scheinen die Schuldigen identifiziert zu sein. Aus der Perspektive der "zivilisierten" SchweizerInnen ist von diesen "Entwicklungsländern" ja auch gar nichts anderes zu erwarten als Rückständigkeit, Chaos und Korruption. Da ist ihnen das "wirtschaftliche Kalkül" des Herrn Mast als Basis ihrer "Wohlstandsgesellschaft" schon verständlicher. Diese Borniertheit gerät allerdings rasch zur schizophrenen Farce: Denn wirtschaftliches Kalkül beweisen nach Mast auch diejenigen, die ihr Vermögen vor der wirtschaftlichen Unsicherheit in Sicherheit bringen – also die korrupten Eliten,

Die derart "entemotionalisierten" Finanzströme fliessen so, scheinbar einem Naturgesetz gleich, quer über den Globus an die Orte wohliger Sicherheit und Rendite. Und nicht ganz ohne versteckten Stolz geben sich die Schweizer Bankiers beruhigt angesichts der Tatsache, dass 25-30 Prozent aller Drittwelt- Fluchtgelder schliesslich ihre guten, in langen Jahren bewährten Dienste "aufsuchen". Während heute die ideologische Offensive, die die Marktwirtschaft zum alleinseligmachenden, gesellschaftlichen Ordnungsprinzip deklariert, weiter an Boden gewinnt, so hat sich die Schweiz schon immer wie ein Raubfisch in diesem Gewässer bewegt; der Kleinstaat, der

den Eroberungskrieg notgedrungen mit anderen Mitteln führen muss.

“Entemotionalisierung“ garantiert eine von Moral, Ethik und politischen Werturteilen befreite Sachlichkeit. Unter dem Deckmantel der Neutralität hat die Schweiz bereits im Zweiten Weltkrieg mit allen politischen Lagern lukrative Geschäfte betrieben. “Wirtschaftliches Kalkül“ bevorzugt allerdings immer auch stabile und vorteilhafte Anlagemöglichkeiten. Und da schienen den Schweizer Banken Diktatoren- und Militärregimes in der Dritten Welt allemal vorteilhafter als die volksnahen Regierungen etwa Allendes in Chile oder der Sandinisten in Nicaragua. Mit der Verwaltung der, dem Volk geraubten Vermögen hat man sich jene bei der Stange gehalten. An dieser Mentalität der pragmatischen Parteinahme hat sich nichts geändert. Nur etwas vorsichtiger sind sie geworden, angesichts des unter den Skandalen gewachsenen Drucks der öffentlichen Meinung.

Die Mär von den seriösen, leider missbrauchten Banken ist deshalb nur faule Ausrede. Und selbst dort noch, wo sie Dreckgeschäfte nicht aktiv selber mitorganisieren, machen sie sich mit ihrer Geschäftsmoral zu deren Komplizen. Es ist eine “Moral“, die immer wieder die unzähligen menschlichen Opfer, die gerade auch die Kapitalflucht fordert, wie vieles andere zwar öffentlich beklagt, aber als unumgänglich in Kauf nimmt. Dieser militante Opportunismus ist zwar nicht ausschliesslich Privileg der Schweizer Banken – die Irak-Geschäfte zeigen das deutlich –, doch der Sonderfall ‘Fluchtgeld- und Geldwasch-Drehscheibe Schweiz’ besteht weiter. (2)

Die (stille) Komplizenschaft von Banken, Diktatoren, Militärregimes, Scheindemokratien, organisiertem Verbrechen und anderen fördert ein Milieu, das auch die demokratischen Grundlagen und Prozesse dort gefährdet, wo sie sich halten, und solche verhindert, wo sie dringend nötig wären. Die “Entemotionalisierung des Kapitalverkehrs“ ist lebensfeindlich und zerstörerisch. Sie geht rücksichtslos über Kulturen und historische Errungenschaften hinweg. Auch in der Schweiz. Denn wie hiess es doch seitens der Bankgesellschaft: Solange die Leute sich noch Ferien leisten können, sind ihnen auch höhere Mietzinsen zuzumuten.

*

Wie die im Sommer 1991 erschienene Statistik der Nationalbank, “Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1990“ zeigt, fliessen die Dritte Welt-Fluchtgelder weiterhin auf die Schweizer Banken. So haben sich die Einlagen (inkl. Treuhandgelder) der Entwicklungsländer aus Afrika, Lateinamerika, Asien und Mittelost (ohne Ölländer) 1990 um 8,4 Mrd. Fr. (1989: 9,8 Mrd. Fr.) erhöht. Diese Zahlen sind zwar nicht identisch mit den Fluchtgeldströmen, geben aber die Tendenz wieder. Nicht eingeschlossen darin sind die umfangreichen Anlagen in Wertschriften.

Auch der Internationale Währungsfonds kritisiert die Kapitalflucht und setzt sich in seinen offiziellen Verlautbarungen für die “Repatriierung“ der Fluchtgelder ein. Ziel seiner Kritik sind jedoch nicht die Zielländer, die wie die Schweiz solchen Geldern einen ausgebauten rechtlichen Schutz bieten,

sondern die Herkunftsländer. Mit seinen Strukturanpassungsprogrammen und dem damit verfolgten Wachstumskurs für die Ökonomien der Länder der Dritten Welt werden deshalb auch konkurrenzfähige Anlagemöglichkeiten für Fluchtgelder geschaffen. Eine solche Rückführung kommt auch einer nachträglichen Legalisierung gleich, und zwar unabhängig von wem und aus welchen Motiven diese Gelder seinerzeit illegal ausser Landes gebracht wurden.

Vergessen wird zudem, dass die Strukturanpassungsprogramme mitverantwortlich sind für den Nettokapitalabfluss aus dem "Süden" in den "Norden" der 80er Jahre und zwar in dreistelliger Milliardenhöhe. Vergessen wird bei den masslosen Liberalisierungsprogrammen für die Dritte Welt weiter, dass der grösste Teil der Weltwirtschaft kartellisiert und monopolisiert ist und dass die Preismanipulationen (Transferpricing) der Transnationalen Konzerne einen wesentlichen Teil des Kapitalfluchtproblems ausmachen. Und wenn heute wie in Mexiko oder Chile kleine Teile der Fluchtgelder zurückkehren, werden die hauptsächlich an der Börse bzw. in privatisierte Unternehmen investiert. In dem Sinne kann dies der IWF für einen Erfolg halten. Wenn also – wie heute – die Börse Mexikos zwar boomt, gleichzeitig aber mehr als die Hälfte der Bevölkerung immer tiefer in Armut und Elend versinkt, so stellt sich notgedrungen die rhetorische Frage: ein Erfolg für wen? Oder etwas pathetischer: Wer gibt dem Volk das ihm geraubte Vermögen zurück?

So wie Forderungen für die innenpolitische Bekämpfung der Kapitalflucht bei der offiziellen Schweiz nach wie vor auf Granit stossen, so unmissverständlich teilt diese die ordnungspolitische Sicht des IWF. Das erstaunt wenig. Mehr erstaunt, dass heute ein führendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, Mario Carrera, in der Romandie mit Übereifer auf denselben ordnungspolitischen Zug aufgesprungen ist und vehement für einen IWF-Beitritt wirbt. Die IWF-Strukturanpassungen seien, so sagt er, zwar eine Roskur, doch eben alternativlos, IWF und Weltbank sind "comme des médecins, des chirurgiens et des orthopédistes au chevet de grands malades" (24 heures v. 29.10.91). Und wer in Anbetracht dieses Fortschritts auch noch ein Referendum gegen einen IWF-Beitritt unterstützt, sei ein "Schwarzweissmaler" eines "anderen Zeitalters", es handle sich um "tels Astérix et ses inséparables compagnons", die sich dem Universalismus der offenen Welt immer noch entgegenstemmen. Carrera wünscht sich hingegen "un pays assumant au fond ses droits civiques internationaux. Beau défi de politique intérieure aussi pour les ONG suisses!" (3)

Carrera bedient sich in seiner Einschätzung u.a. biologisch- medizinischer Metaphern, die sich nicht mehr vom liberalistischen wirtschaftspolitischen Diskurs unterscheiden, einem technokratischen und antidemokratischen Diskurs, weil Handeln sich auf den Nachvollzug quasi naturgesetzlicher Gegebenheiten zu reduzieren hat.

Ideologisch gesehen unterscheidet sich Carreras Diskurs kaum noch von demjenigen der "entemotionalisierten Kapitalströme" eines H.J. Mast; er schafft es an dieser Stelle nicht mehr, Ökonomie im Zusammenhang mit so-

zialen Kategorien und menschlichen Bedürfnissen zu denken. So bekennt sich auch der liberale Diskurs von IWF und Weltbank zur Notwendigkeit einer sozialen Abfederung der schlimmsten Auswüchse der Strukturanpassung. Doch mehr als flankierende Massnahme als neu definierte Aufgabe für Hilfswerke ist das eben nicht. Deshalb bedeutet diese Grundhaltung gleichzeitig das Eingeständnis, dass diese Art von ökonomischer Strategie selbst nicht sozialverträglich und im demokratischen Sinne entwicklungs- und ökologieverträglich sein kann. Es bleibt allenfalls eine Hoffnung, dass vom ökonomischen Wachstum letztlich für alle etwas abfällt, eine absurde Hoffnung, wie wir heute wissen.

Dass bei derartigen Bekenntnissen zum ordnungspolitischen Imperativ der "Neuen Weltordnung" ein Beitritt zum IWF und zur Weltbank zu Hoffnungen auf eine bessere Zukunft in den Entwicklungsländern Anlass gibt, ist so nachvollziehbar, aber ist Zweckoptimismus im Dienste der Machtinstitutionen. Der neue Universalismus als Chance gerät zum reinen Formalismus: der IWF-Beitritt an sich wird schon als qualitativer Fortschritt gewertet, eine aussenpolitische Doktrin, die offenbar in der Romandie auf gefestigteren Boden gefallen ist als in der Deutschschweiz. Das eigentlich politisch Verantwortungslose an diesem Diskurs ist nun, dass er sich auch noch – im 'positiven' Sinne – entwicklungspolitisch gibt, und dies trotz den sattem bekannten katastrophalen Folgen der Politik von IWF und Weltbank. Es fehlt ihm die politische Phantasie, sich vorzustellen, dass in diesem Fall ein Nichtbeitritt für die Schweiz eine Chance wäre, über einen eigenständigen Kurs der internationalen Solidarität und über Alternativen in der Entwicklungspolitik nachzudenken.

Anmerkungen

- 1) s. Hans J. Mast: Kapitalflucht aus Entwicklungsländern und die Schweiz. In: Jahrbuch Schweiz-Dritte Welt, Nr. 9, IUED, Genf 1990.
- 2) s. das "Dossier Kapitalflucht", 1990, und das "Manifest für eine Schweiz ohne Fluchtgelder", 1991, Bern. Erhältlich bei Aktion Finanzplatz, Mühlemattstr. 31, 3007 Bern oder bei Erklärung von Bern, Quellenstr. 25, Postfach, 8031 Zürich.
- 3) s. Mario Carréra: La Suisse face à une éventuelle entrée au FMI et à la Banque mondiale. In: Jahrbuch Schweiz-Dritte Welt. Nr. 10, Genf 1991, S. 218. In diesem Band werden u.a. auch die "Beziehungen der Schweiz zum IWF und zur Weltbank" diskutiert, so auch differenziert und kritisch von R. Högger u.a.m.

*Der erste Teil dieses Textes wurde im März, der zweite im November 1991 geschrieben